



20.08.2010 | Nr. 269/10

Ursula Sassen: Wer eine Bildungscard als Stigmatisierung verunglimpft, sollte seine Einstellung überprüfen!

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Ursula Sassen, hat die Kritik des Lübecker SPD-Abgeordneten Wolfgang Baasch an der von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen vorgeschlagenen Bildungscard zurück gewiesen:

„Es gibt mit dieser Bildungscard beispielsweise in Stuttgart hervorragende Erfahrungen. Eine solche Gutscheinelösung mit einer aufgeladenen Karte ist weniger stigmatisierend, als der ständige Weg zu Behörden zur Beantragung der Bewilligung von Einzelleistungen“, erklärte Sassen.

Ohne Frage müssten Einzelfragen geklärt werden. Beispielsweise müsse sichergestellt werden, dass den Ländern und Kommunen nicht zusätzliche Kosten aufgebürdet werden. „Darauf hat Sozialminister Dr. Heiner Garg zu Recht hingewiesen“, so die CDU-Abgeordnete.

Das Instrument „Bildungscard“ erscheine ihr jedoch als ein sehr unbürokratisches und zielgenaues Mittel zur Verbesserung der Bildungschancen von Kindern: „Wer in einer solchen unauffälligen Plastikkarte bereits eine Stigmatisierung erkennt, der sollte wirklich seine Einstellung überprüfen“, stellte Sassen abschließend fest.